

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindegüter des Bezirks.



Anzeigeblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846

Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Ullmarkt 15. Erscheint jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Bezüher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5spaltige Grundzeile (Zim. No. 25, aber deren Raum 30 Pfg., drückliche Anzeigen 20 Pfg. Im Teiltel (Zim. No. 17) 60 Pfg., die 3spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3spaltige Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Ein neuer Mahnruf Hindenburgs.

Berlin, 1. November. (B. L. B. Amtlich.) In steigender Zahl gehen mir in diesen Tagen von Körperkriegen, Vereinigungen und Einzelpersonen Kundgebungen des Vertrauens und der Ergebenheit zu. Es ist mir unangenehm, sie einzeln zu beantworten, wie ich es gern täte. Ich muß mich darauf beschränken, den Einladern herzlich zu danken. Allen denen, die in Sorge um unser geliebtes Vaterland zurufen, bei mir suchen, aber auch jedem anderen Deutschen rufe ich zu:

Es geht jetzt um unsere Ehre, Freiheit und Zukunft. Unüberwindlich sind wir, wenn wir einig sind! Ein jeder sehe in den Andern nur den deutschen Kameraden! Ungebrochen schließt seit mehr als 50 Monaten unser Heer den heimatischen Boden. Stark, opferbereit und geschlossen muß die Heimat hinter dem Heere stehen. — In dem so, dann wird unser deutsches Vaterland allen Stürmen trotzen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Um den Kaiser.

Berlin, 1. November. (B. L. B.) Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, schreibt unter der Überschrift: „Der Kaiser und das neue Deutschland“: In einem bemerkenswerten Aufsatz spricht der „Daily Chronicle“ von englichen Besorgnissen, die sich an den amerikanischen Kampf gegen das deutsche Kaiserium anknüpfen. Man fürchtet in England mit Recht, daß mit dem deutschen Kaiserium ein weiteres Stück Autorität und eines der letzten Bollwerke gegen den andrängenden europäischen, kulturgefährdenden Bolschewismus verloren ginge. Unser Leben wird von Ideen und Reize werden von Ideen zusammengehalten. Das müssen wir Deutschen uns vor Augen halten, damit wir jenseits von Gefühlen der Zuneigung und Abneigung nicht vergessen, daß mit der Abdankung des Kaisers das Gefüge des Deutschen Reiches sich verhängnisvoll lockern würde, und daß vor allem auch ein Damm gegen die Gefahren der Demokratie abgetragen würde, freilich ein ist notwendig: Der gegenwärtige Träger der Kaiserkrone muß sich bemühen und rücksichtslos zur neuen inneren Staatsgestaltung Deutschlands bekennen. Nun lassen aber Zeitungsnotizen erkennen, daß dies bereits in förmlicher Weise geschehen ist. Trifft das zu, so ist es ein Gebot der Staatsklugheit, mit der Veröffentlichung der kaiserlichen Kundgebung nicht eine Stunde zu zögern.

Daß der Kaiser sich uneingeschränkt auf den Boden der Neugestaltung stellt, geht aus den Mitteilungen hervor, die der Staatssekretär Haubmann in der „Frankf. Ztg.“ über den vor einiger Zeit gemeldeten Empfang der neuen Staatssekretäre beim Kaiser macht. Aus der Ansprache, die Kaiser Wilhelm an die neuen Parlamentarismminister gehalten hat, weiß Haubmann folgende bemerkenswerte Sätze mit:

„In den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges ist uns die Aufgabe gestellt, den Bau des Reiches im Innern durch neue und breitere Grundlagen zu sichern. Die Erschütterungen des Weltkrieges haben uns erkennen lassen, wo die Säulen des uns alle schirmenden Hauses schwach und veraltet sind, wo sie der Erneuerung bedürfen. Sie haben uns aber auch die neuen quellenden Kräfte zur Anschauung gebracht, die in unserem Volke zum Vorschein kommen. Der neuen Zeit soll eine neue Ordnung entsprechen — in diesem Entschluß haben mich eine Reihe Kundgebungen bekräftigt. In umfassender Weise soll das deutsche Volk berufen sein, an der Gestaltung seiner Geschichte mitzuwirken, an politischer Freiheit keinem Volke der Erde nachstehen, an innerer Loyalität und fester Staatsgesinnung keinen Vergleich scheuen. Mit Ihnen, meine Herren, die ich heute als meine Mitarbeiter begrüße, weiß ich mich eins in dem heiligen Willen, das deutsche Reich aus der Not dieser Zeit zu einer ruhigen und friedlichen Entwicklung zurückzuführen. An politischer Entwicklung soll kein Volk der Erde das deutsche Volk übertreffen.“

Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, soll nach Mittel-

lungen hiesiger Kreise eine neue kaiserliche Kundgebung bevorstehen, in welcher neben dem Bekenntnis zur Neuordnung der Dinge in Deutschland eine Proklamation des Kaisers an das Volk ergehen wird, worin der Kaiser seinen festen Entschluß betont, an der Krone festzuhalten und nicht zurückzutreten.

Man darf wohl die Hoffnung hegen, daß diese Kundgebung bald erfolgt, damit der Beunruhigung weiter Kreise des deutschen Volkes ein Ende gemacht wird. Das deutsche Volk ist in seiner großen Mehrheit viel zu sehr monarchisch gesinnt, als daß es leichten Herzens einen so schmerzhaften Schritt hinnehmen könnte. Selbst in den Reihen der Sozialdemokratie scheint in dieser Frage keine Übereinstimmung zu bestehen, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß eine sehr starke Strömung, die bis in die Reihen der bürgerlichen Demokratie reicht, dem Gedanken der Abdankung sehr sympathisch gegenüber steht. Die rechtsstehenden Parteien treten derartigen Plänen mit aller Schärfe entgegen und das preußische Herrenhaus hat in einer würdigen Kundgebung den Monarchen seiner Treue und Hingebung versichert und eine Abdankung des Kaisers als überaus unheilvoll für die politische Entwicklung bezeichnet.

Dieser Gesichtspunkt dürfte vollkommen zutreffend sein. Man kann sich denken, welchen Eindruck es im Ausland machen würde, wenn das deutsche Volk den Herrscher, dem es in den Tagen des Glücks zugejubelt hat, jetzt in den Tagen des Unglücks im Stiche ließe. Derartige moralische Imponderablen sollten auch vom Gesichtswinkel der praktischen Politik aus nicht unterschätzt werden. Aber auch abgesehen von diesen moralischen Erwägungen und den Forderungen der Ehre und der Treue, die ein selbstbewusstes Volk auch in der Stunde des Unglücks nicht vergessen darf, würde eine Abdankung des Kaisers auch schwerwiegende Folgen für die Einheit des Reiches haben. Gewiß hängt diese nicht an der Persönlichkeit des einzelnen Monarchen, wohl aber an der Idee der Monarchie, die gerade für uns Deutsche bei unserer Zersplitterung in einzelne Völkerschaften und Stämme und bei den stark zentrifugalen Tendenzen des deutschen Nationalrates für uns eine Notwendigkeit ist. Man täusche sich nicht darüber, die Abdankung des regierenden Kaisers würde nicht mehr und nicht weniger als den ersten Schritt auf dem Wege zur Liquidierung der Monarchie überhaupt bedeuten. Die Tendenz unserer Feinde, die leider bei uns unter dem Druck der Verhältnisse eine beklagenswerte weite Resonanz gefunden hat, geht keineswegs auf die Beseitigung des regierenden Kaisers, sondern auf die Ausschaltung des Hauses Hohenzollern und damit des preussischen Staates. Dieser Krieg hat die ganze Welt gelehrt, daß aus einer Nachgiebigkeit weitere Zugeständnisse folgen und daß, wer A gesagt hat, sehr bald B sagen muß. Aufwühlende Tendenzen verbreiten sich gerade jetzt in allen europäischen Ländern mit außerordentlicher Schnelligkeit und vermutlich würde auch der Abdankung des Kaisers eine weitere Verfassungsänderung etwa in dem von mancher Seite bereits angedeuteten Sinne folgen, daß die deutsche Kaiserkrone zwischen Preußen und Bayern hin und her oder vielleicht gänzlich an Bayern übergehen würde. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß hiermit die Einheit des Reiches auf das Ernsteste in Frage stellen würde. Die Entente hat von jeher die Taktik verfolgt, bayerische Sonderbestrebungen zu nähren und im Zusammenhang damit steht wohl das in München verbreitete Flugblatt, welches Bayern zu einem Separatfrieden auffordert. Dem allen gegenüber heißt es, die Reihen zu schließen und dem Feinde nicht noch mehr Zugeständnisse zu machen.

Milderung der Zensur sowie des Vereins- und Versammlungsrechts.

Berlin, 1. November. (Priv.-Tel.) Der Kabinettsrat hat sich in seiner heutigen Sitzung mit Zensurfragen beschäftigt und gelangte dabei zu dem Entschluß, daß fortan Beschränkungen in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nur noch innerhalb des Rahmens der jetzt allgemein als Grundgesetz unseres staatlichen Lebens angenommenen Verfügungen gefordert werden sollen. Das gilt auch für die Behandlung der von Blättern der Linken zur Diskussion gestellten Kaiserfrage. Die Regierung will dem deutschen Volke in weitestmöglicher Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung geben,

damit es seine Klagen und Wünsche offen zu Gehör bringen kann. Demgemäß sollen auch alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen von nun an gestattet werden und Verbote nur noch erfolgen, soweit sie durch die Interessen der Kriegführung, des Friedensschlusses und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nötig erscheinen.

Im Zusammenhang hiermit erwähnt der „B. L. B.“, daß die Herren v. Bethmann Hollweg und v. Jagow, wie von unterrichteter Seite behauptet wird, zurzeit in Berlin weilen, um, wie es heißt, in amtlichem Auftrag die Akten aus dem Juli 1914 zu „ordnen“. Es wird angenommen, daß die neue Regierung eine amtliche Erklärung über die Vorgänge jener Zeit vorbereitet, die unmittelbar zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben. Ebenso soll über die Verhandlungen vor Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges demnächst eine amtliche Klarstellung erfolgen.

Die Parlamentarisierung Sachsens.

Am Freitag haben die beiden Ständekammern die rechtlichen Grundlagen für die Parlamentarisierung der sächsischen Regierung geschaffen, indem sie den ihnen am Reformationsstage zugefertigten Entwurf über Änderungen der Verfassung und des Wahlgesetzes in sofortiger Schlußberatung erledigt haben.

Die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs geschah in beiden Kammern verhältnismäßig rasch. In der Ersten Kammer sogar ohne jede Aussprache. Von der Regierung hatte die formelle Vertretung in beiden Häusern der neue Minister des Innern Dr. Koch übernommen, der damit als Erster aus der neuen Regierung vor die Parlamentarier trat. Er begründete sich aber aus guten Gründen mit einigen rein formellen Bemerkungen. Man will eben mit dem Programm der neuen Regierung erst dann heraustreten, wenn diese selbst vollständig, d. h. durch die parlamentarischen Minister ergänzt ist. Die Kammer nahm den Regierungsentwurf freundschaftlich auf. Der Mehrheitssozialist Siedermann glaubte die Gründe seiner Partei darlegen zu müssen, die sie zur Übernahme der Regierungsgeschäfte und zur Verantwortlichkeit an den Gesetzentwurf veranlaßt haben; der unabhängige Sozialist Fiebigner aber ließ an dem Entwurf keinen guten Faden. Die parlamentarischen Minister glaubte er als „Konzeptionschulzen“ verspöttein zu müssen, als Minister im Nebenamt. Und für den Staatsrat hatte er gar nur Töne der Entrüstung und der Ironie. Aber ganz echt war seine Erbitterung durchaus nicht. Er mußte sich gewaltsam in die Erregung hineinreden. Was er letzten Endes wollte, war ein Gemischel hyperbolischer Forderungen, die mit der Stimmung der Zeit durchaus nichts gemein haben, und die, wenn die Lage nicht so ernst wäre, sicher in der Öffentlichkeit nur ein Lächeln hervorrufen könnten. Ernster aber ist es zu nehmen, wenn dieser Herr es für geboten findet, in dieser schicksalsschweren Zeit fortgesetzt mit dem Schreckgespenst der Revolution zu drohen. Sehr wirksam deckte der Mehrheitssozialist Lange-Weipzig die Schwächen der Haltung Fiebigners auf, und in einer im Hause viel beachteten Jungferrede zeigte sich der vor einiger Zeit neugewählte Mehrheitssozialist Fellisch als ein kluger Kopf und gewandter Redner. Beachtenswert waren endlich die Darlegungen des Abgeordneten Dr. Böhme, insofern, als er darzulegen sich bemühte, daß die Konservativen die jetzt von der Landtagsmehrheit vertretenen Neuordnungsvorschläge bereits vor dem Zusammenritt des Landtags zugestanden hätten. Allerdings wurde von sozialdemokratischer Seite an der Richtigkeit dieser Darlegung gezweifelt.

Die parlamentarischen Minister.

Dresden, 1. November. (B. S. L.) Der König hat die Landtagsabgeordneten Fräßdorf (Soz.), Günther (Fortfahr.), Heldt (Soz.), und Rigische (Rail.) zu Staatsministern ernannt.

Die Räumung Venetiens.

Wien, 1. November. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart: In Venetien wird die Räumungsbewegung fortgesetzt. Im Südosten haben unsere Hauptkräfte das nördliche Donau-Ufer erreicht. Der Chef des Generalstabs.